

Küblböck, Karin; Six, Clemens

Working Paper

Die WTO in Hongkong: Zwischenergebnisse einer "Entwicklungsrunde"

ÖFSE Working Paper, No. 9

Provided in Cooperation with:

Austrian Foundation for Development Research (ÖFSE), Vienna

Suggested Citation: Küblböck, Karin; Six, Clemens (2006) : Die WTO in Hongkong: Zwischenergebnisse einer "Entwicklungsrunde", ÖFSE Working Paper, No. 9, Austrian Foundation for Development Research (ÖFSE), Vienna

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/98803>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WORKING PAPER 9

DIE WTO IN HONGKONG

Zwischenergebnisse einer ‚Entwicklungsrunde‘

Karin Küblböck
Clemens Six

FEBRUAR 2006

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	3
Abstract	3
1. Die Doha-Entwicklungsrunde der WTO	4
2. Die Ergebnisse der Ministerkonferenz in Hongkong und ihre Hintergründe	5
2.1. Landwirtschaftsabkommen	5
2.1.1 Hintergrund	5
2.1.2 Inhalte des Agrarabkommens	5
2.1.3 Was wurde in Hongkong für den Landwirtschaftsbereich beschlossen? (Ministerdeklaration Paragraph 3-10)	6
2.2. Dienstleistungsabkommen – GATS	7
2.2.1 Hintergrund	7
2.2.2 Was wurde in Hongkong für den Dienstleistungsbereich beschlossen?	8
2.2.3 GATS-Weiterverhandlung Februar 2006	8
2.3. Industriegüter – „Nonagricultural market access“ (NAMA)	9
2.3.1 Hintergrund	9
2.3.2 Was wurde in Hongkong für den Industriegüterbereich beschlossen?	10
2.4. Querschnittsthemen	10
2.4.1 LDCs und „Sonder- und Vorzugsbehandlungen“	10
2.4.2 Aid for Trade	11
3. Schlussfolgerungen	13
Literatur	14

IMPRESSUM

Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung - ÖFSE
Wissenschaftsbereich
A-1090 Wien, Berggasse 7
Tel. ++43 / 1 / 317 40 10-200
Fax ++43 / 1 / 317 40 15
E-Mail: office@oefse.at
WEB: <http://www.oefse.at> und <http://www.eza.at>

Zusammenfassung

Die sechste Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO), die von 13. bis 18. Dezember 2005 in Hongkong stattfand, war mit dem Anspruch angetreten, die Agenda der Doha-Entwicklungsrunde, also die Berücksichtigung der Interessen und ökonomischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer und insbesondere der am wenigsten entwickelten Staaten, um wesentliche Schritte im Hinblick auf einen erfolgreichen Abschluss voranzubringen.

Die Ergebnisse sind vor dem Hintergrund des Anspruches dieser Verhandlungsrunde enttäuschend. In dem für entwicklungspolitische Zielsetzungen zentralen Bereich Landwirtschaft wurden entweder keine Fortschritte erzielt (interne Subventionen), bereits im Vorfeld gemachte Zusagen lediglich bestätigt bzw. deren Einhaltung mit einem konkreten Datum versehen (Exportsubventionen, Baumwolle) oder Entscheidungen ins Frühjahr 2006 vertagt (Marktzugang).

Auch im Dienstleistungsbereich war der Ausbau der wirtschaftlichen Kapazitäten im Süden sekundär. Der Tenor der Konferenz war trotz entschiedener Opposition zahlreicher Mitgliedsstaaten eine Reduktion der Flexibilität in der Anwendung der Dienstleistungsliberalisierungen sowie eine allgemeine Fortsetzung der Marktöffnungsstrategien, die zwar in Hongkong keine konkreten Ergebnisse brachte, gegenwärtig aber unter gleichen Vorzeichen weiterverhandelt wird.

Das wichtigste Ergebnis bei den Industriegütern (NAMA) ist die Festlegung einer Reduktion der Zölle, die umso höher auszufallen hat, je höher die Zollbarriere ist („Schweizer Formel“). Mögliche Einschränkungen dieses Zollabbaus durch Koeffizienten sind ebenfalls Gegenstand der Weiterverhandlungen in Genf.

Besonderes Augenmerk verdient auch das Verhandlungsverhalten der EU. Entgegen den politischen Bekenntnissen von Rat und Kommission im Vorfeld standen in Hongkong ökonomische Eigeninteressen im Mittelpunkt, die in vielen Fällen im Widerspruch zur Agenda dieser „Entwicklungsrunde“ stehen.

Abstract

In correspondence with low expectations especially from developing countries due to a lack of progress achieved so far, the sixth Ministerial Conference of the World Trade Organisation (WTO) in Hong Kong from 13 to 18 December last year brought no substantial breakthrough towards a successful completion of the development agenda of the current Doha-Round. This working paper analyses the results of the conference in the various fields of trade liberalization, i.e. agriculture, services and non-agricultural market access, on the background of the economic interests and needs of developing countries in general and least developed countries in particular. Besides, the role of the European Union during the negotiation process is addressed and contradictions are highlighted between the Union's political commitments and its actual global trade policy.

1. Die Doha-Entwicklungsrunde der WTO

Nachdem sich die Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember 1999 in Seattle aufgrund weitreichender Differenzen über weitere Handelsliberalisierungen nicht auf die Umsetzung der geplanten „Millennium Runde“ einigten, konnte erst zwei Jahre später in Doha/Katar unter dem Zugeständnis einer expliziten Entwicklungsagenda mit einer neuen Verhandlungsrunde begonnen werden. Durch verbesserten Marktzugang, ausgeglichene Handelsregeln sowie technischer Assistenz und Kapazitätenförderung sollten die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Entwicklungsländer und insbesondere der am wenigsten entwickelten WTO-Mitglieder ins Zentrum der Reform- und Liberalisierungsbestrebungen gerückt werden (vgl. Cuello Camilo 2005). Diese Grundausrichtung der Doha-Runde, die sämtliche Einzelbereiche des Handels betrifft, sollte der stetig steigenden ökonomischen Krisenanfälligkeit und weiteren Marginalisierung dieser Länder entgegenwirken, um nicht zuletzt auch die Legitimität der WTO wieder zu stärken bzw. überhaupt zu erhalten.

Entgegen diesen Absichtserklärungen fiel die Bilanz dieser Runde aus Sicht der Mehrheit der Entwicklungsländer bislang negativ aus. Nicht eingelöste Versprechen in den Bereichen Marktzugang zum Agrarsektor des Nordens, der manchen Entwicklungsländern wichtige Exportmöglichkeiten eröffnen würde, im Bereich Subventionsabbau für landwirtschaftliche Exportprodukte, die den Weltmarktpreis drücken und damit Einkommensverluste bis hin zur vollständigen Konkurrenzunfähigkeit für Exporteure aus dem Süden bedeuten, oder mehr Flexibilität in der Umsetzung der Liberalisierungsbestimmungen veranlassten zahlreiche Entwicklungsländer während der fünften Ministerkonferenz 2003 im mexikanischen Cancún, den Fortschritt der Verhandlungen zu blockieren. Als Gegengewicht setzten diese Staaten ihre Weigerung ein, konkrete Verhandlungen über die vor allem von der EU und den USA eingemahnten Singapur-Themen Investitionen, Wettbewerb, Transparenz im öffentlichen Auftragswesen und administrative Handelserleichterungen aufzunehmen. Die Konferenz in Cancún kippte schließlich zur Gänze und brachte aufgrund der mangelnden Bereitschaft zu Zugeständnissen auf beiden Seiten kein Ergebnis. Die WTO befand sich damit in einer schweren Krise, die den Druck auf die kommenden Verhandlungen zusätzlich erhöhte.

Die ursprüngliche Zielsetzung der sechsten Ministerkonferenz in Hongkong vom 13. bis zum 18. Dezember 2005, nämlich die Festlegung der konkreten Prozentzahlen zur Kürzung der Agrarsubventionen und Importzölle, rückte zudem durch das ergebnislose Vorbereitungstreffen der „Five Interested Parties“ USA, EU, Australien, Indien und Brasilien in London im November und die anschließenden, ebenfalls ergebnislosen Verhandlungen von zwanzig WTO-Mitgliedsstaaten in Genf in weite Ferne. Obwohl in Hongkong vor allem für die vollständige Umsetzung der Doha-Entwicklungsagenda bis Ende 2006 viel erreicht werden musste, blieben die Erwartungen im Vorfeld gering und die Skepsis auf Seiten der Partnerländer im Süden groß. Beides bestätigt sich bei einem genaueren Blick auf die Ergebnisse.

2. Die Ergebnisse der Ministerkonferenz in Hongkong und ihre Hintergründe

2.1. Landwirtschaftsabkommen

2.1.1 Hintergrund

Das Agrarabkommen, das den internationalen Handel mit landwirtschaftlichen Produkten regelt, trat bei der WTO-Gründung 1995 als ein Ergebnis der Uruguay Runde in Kraft. Ziel des Abkommens ist eine weit gehende Liberalisierung des internationalen Agrarhandels. Im Jahr 2000 starteten neue Verhandlungen zum Agrarabkommen und das Thema Landwirtschaft wurde in die *Doha-Development Agenda* aufgenommen. Nach der gescheiterten Ministerkonferenz in Cancún wurde im Juli 2004 in Genf ein *Rahmenabkommen* verabschiedet (das so genannten Juli-Paket), in dem ein Rahmen für den Fortgang der Verhandlungen festgelegt wurde. Inhalte des Abkommens sind eine Abschaffung der Exportbeihilfen sowie eine Verringerung der Subventionen und Zollsenkungen. Drei der vier Singapur Themen (Investitionen, Wettbewerb, öffentliche Auftragsvergabe) wurden (nach dem Widerstand der Entwicklungsländer in Cancún) fallengelassen, das vierte Thema (Handelserleichterungen durch transparentere Zollverfahren) wurde beibehalten. Seit diesem Rahmenabkommen stockten die Verhandlungen in Genf – v.a. aufgrund von fehlenden Zugeständnissen insbesondere der EU und der USA.

2.1.2 Inhalte des Agrarabkommens

Im Agrarabkommen werden drei Arten von Marktregulierung in den Agrarmärkten aufgrund ihrer potentiell handelsverzerrenden Wirkung eingeschränkt: Marktzugangsbeschränkungen, interne Stützungsmaßnahmen („domestic support“) und Exportsubventionen. Dies sind auch die Hauptthemen der Agrarverhandlungen.

Weitere Verhandlungsthemen sind u.a. Special Treatment für Entwicklungsländer (SDT) und so genannte „Non Trade Concerns“, wie die Rolle der Landwirtschaft für Ernährungssicherheit, ländliche Entwicklung etc.

Marktzugang

Der Marktzugang soll durch eine gegenseitige Öffnung der Agrarmärkte erleichtert werden, wobei ein Schutz nach Beschlüssen der Uruguay Runde nur noch durch Zölle bestehen darf. Das bedeutet, dass alle nicht-tarifären Handelshemmnisse „tarifiziert“, also in Zölle umgewandelt und auf diesem Niveau „gebunden“ werden sollten. Diese gebundenen Zölle mussten dann um 36 % (20 % für Entwicklungsländer) gesenkt werden. Da die Tarifizierung ein hohes Ausmaß an technischem Know how voraussetzt und die Kapazitäten vieler Entwicklungsländer sprengte, wurden in vielen Fällen statt dessen Einheitszölle festgelegt. In der derzeitigen Verhandlungsrunde wird über *weitere Zollsenkungen* verhandelt.

Interne Stützungsmaßnahmen

Die Internen Stützungsmaßnahmen sind je nach ihrer handelsverzerrenden Wirkung in drei *Kategorien* aufgeteilt – in die so genannte Gelbe, Blaue und Grüne Box. Die *Gelbe Box* enthält jene Maßnahmen, die als handelsverzerrend eingestuft werden (z.B. Direktzahlungen oder preis- und absatzsichernde Maßnahmen) und die abgebaut werden sollen. Die *Blaue Box*, die es nur im Bereich Landwirtschaft gibt, enthält Unterstützungen, die als weniger handelsverzerrend eingestuft werden. Die Blaue Box erlaubt Ländern unbegrenzte Ausgaben für Direktzahlungen an Landwirte, wenn diese Zahlungen an „produktionsbeschränkende Programme“ gekoppelt sind. Es gibt in der Blauen Box keine Abbauverpflichtungen, das Juli-

Abkommen schlägt vor, Zahlungen, die in die Blaue Box fallen, auf 5 % der landwirtschaftlichen Produktion eines Staates zu beschränken. In die *Grüne Box* werden gar nicht bis geringfügig den Markt verzerrende Maßnahmen eingeordnet, wie z.B. Maßnahmen für Ernährungssicherheit oder Strukturanpassungshilfen (WTO o.J., Germanwatch 2006, Reichert 2005).

Die einzelnen WTO-Mitgliedsländer verpflichten sich im Agrarabkommen zu *Zollhöchstsätzen*. In der Praxis sind die angewandten Zollsätze aber beträchtlich unter diesen Höchstsätzen. Dieser Unterschied zwischen den angewandten und den „gebundenen“ (=Höchst-)Zollsätzen wird „binding overhang“ bezeichnet. Durch diesen „overhang“ können im Rahmen der Agrarverhandlungen Reduktionen der gebundenen Höchstzollsätze als Zugeständnis angeboten werden, ohne dass dieses etwas an den real angewandten Zöllen verändert.

2.1.3 Was wurde in Hongkong für den Landwirtschaftsbereich beschlossen? (Ministerdeklaration Paragraph 3-10)

Interne Subventionen

In diesem Bereich wurde in Hongkong praktisch kein Fortschritt erzielt. Es wurden drei Kategorien – genannt „Bänder“ – für eine Reduktion der Zollhöchstgrenzen vorgeschlagen, wobei es in den höheren Kategorien zu stärkeren Reduktionen kommen soll. Insgesamt bleibt der Paragraph jedoch extrem vage („We note that there has been some convergence concerning the reductions ...“). Die meiste Verhandlungsarbeit steht in diesem Bereich noch aus, die Deadline, bis zu der die Ergebnisse vorliegen sollen (30.4.2006), erscheint als sehr unrealistisch.

Exportsubventionen

Der wesentliche Beschluss der Hongkonger Ministerdeklaration im Bereich Landwirtschaft besteht in einem fixen Enddatum für das Auslaufen von Exportsubventionen bis zum Jahr 2013 (=Ende der europäischen Agrarreform) (Paragraph 6 Hongkong Ministerdeklaration). Der Abschlusstext plädiert (unverbindlich) dafür, nicht bis zum letzten Moment mit der vollständigen Abschaffung der Exportsubventionen zu warten sondern dies vorzuziehen („frontload“).

EU-Exportsubventionen sind in den letzten Jahren bereits systematisch reduziert worden und machten 2005 noch etwa 3,6 % der gesamten Landwirtschaftssubventionen aus (2,5 Mrd Euro/Jahr) (Green 2005). Entwicklungsländer hatten im Vorfeld ein Auslaufen der Exportsubventionen bis zum Jahr 2010 gefordert.

Um die nach dem Scheitern von Cancún stockenden Landwirtschaftsverhandlungen wieder in Gang zu bringen hatte die EU bereits im Mai 2004 das endgültige Auslaufen der Exportsubventionen öffentlich angekündigt, noch ohne ein konkretes Datum zu nennen. Im Gegenzug werden und wurden weit reichende Zugeständnisse bei Industrieprodukten (NAMA) und Dienstleistungen (GATS) erwartet.

Selbst mit Abbau der formellen Exportsubventionen werden andere Formen der Exportstützung weiterhin gewährt, so dass die EU auch nach 2013 ihre Exporte in Höhe von 55 Mrd Euro/Jahr stützen wird (Bello 2005).

Marktzugang

Beim Thema Marktzugang (Paragraph 7 Ministerdeklaration) wurden vier Kategorien für Zollreduktionen vereinbart, die genauen Grenzwerte müssen allerdings noch festgelegt werden.

Spezielle Produkte/spezielle Schutzmechanismen

Paragraph 7 hält weiters fest, dass Entwicklungsländer selbst entscheiden können, welche Produkte sie im Sinne der Kriterien Ernährungssicherheit, ländlicher Entwicklung und Einkommenssicherung für arme Bauern als „*spezielle Produkte*“ einstufen. Der Vorschlag der Entwicklungsländerallianz G33, dass Entwicklungsländer bis zu 20 % ihrer Tariflinien als „Special Products“ deklarieren können sollten, wurde nicht angenommen, stattdessen enthält der Text die Formulierung „angemessene Anzahl“. Der Text hält weiters fest, dass Entwicklungsländer *spezielle Schutzmechanismen* – basierend auf der Importmenge und des Preises – anwenden dürfen. Dass nun auch der Preis erwähnt ist, ist ein Erfolg der G33. Von der genaueren Einigung auf die oben genannten Kriterien sowie von der Definition des „angemessen“ hängt es ab, ob diese Formulierungen genügend Spielraum für Entwicklungsländer bieten können, um die heimischen Märkte ausreichend zu schützen.

Beispiel Baumwollsubventionen (Paragraph 11-12 Ministerdeklaration)

Das Thema Baumwolle steht seit Cancún auf der Tagesordnung und wurde vor allem von den westafrikanischen baumwollproduzierenden Ländern eingebracht. Grund sind die hoch subventionierten US-amerikanischen Baumwollexporte, die die Baumwollproduktion in diesen Ländern massiv schädigen. Seit dem Juli-Rahmenabkommen gibt es einen eigenen Baumwoll-Unterausschuss für diese Fragen. In Hongkong wurde im Baumwollbereich de facto kein Fortschritt erzielt: Es wird festgehalten, dass Exportsubventionen für Baumwolle im Jahr 2006 abgeschafft werden. Dies ist aber kein Zugeständnis, sondern ein Ergebnis eines Schiedsgerichtsspruches, der bereits im September 2004 nach dem Streitfall mit Brasilien die US-amerikanischen Exportsubventionen als illegal eingestuft hat. Dabei handelt es sich um öffentliche Subventionen von ca. 250 Mio US\$/Jahr. Etwa 4 Mrd US\$ an handelsverzerrenden internen Subventionen der USA werden durch die Ministererklärung nicht angetastet.

Weiters enthalten die Absätze über Baumwolle die Absichtserklärung, die internen Subventionen für Baumwolle schneller und stärker zu reduzieren als in der allgemeinen Formel (die aber noch nicht vereinbart ist). Weiters wird den LDCs zoll- und quotenfreier Zugang zu anderen Märkten gewährt. Baumwollproduzierende Länder haben jedoch wiederholt betont, dass es ihnen nicht um den Zugang zu anderen Märkten geht, sondern um ein Ende der Zerstörung ihrer heimischen Baumwollmärkte durch billige US-Exporte. Die EU hat ohnehin bereits seit 2001 den ärmsten Ländern weitgehenden zoll- und quotenfreien Zugang zu den europäischen Märkten gewährt (Übergangsbestimmungen bei Zucker, Reis und Bananen).

Die Ministerdeklaration fordert die Entwicklungshilfe-Gebergemeinschaft auf, ihre baumwollbezogene Hilfe fortzusetzen und Süd-Süd-Kooperation, insbesondere den Technologietransfer zu unterstützen, um Produktivität und Effizienz zu erhöhen. Es wird die Einführung eines Mechanismus angeregt, um mit Einkommensausfällen im Baumwollsektor umzugehen, so lange, bis die Subventionen beendet sind. Dies heißt im Klartext, dass jene Einnahmehausfälle, die in Entwicklungsländern durch die öffentlichen Subventionen der Baumwollindustrie (die eine einflussreiche Lobby in den USA darstellt) entstehen, durch öffentliche Mittel kompensiert werden sollen.

2.2. Dienstleistungsabkommen – GATS

2.2.1 Hintergrund

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services: GATS) ist eine der zentralen Säulen der 1995 gegründeten Welthandelsorganisation WTO und hat eine fortschreitende Liberalisierung des Welthandels mit Dienstleistungen zum Ziel. 2001 startete eine neue Verhandlungsrunde, in der die Mitglieder ihre 1995 eingegangenen Liberalisierungsverpflichtungen ausweiten sollten. Die Verhandlungen sollten auf so genannten Angebots- und Forderungslisten aufbauen. Die Verhandlungen verliefen jedoch schleppend, bis zur offiziellen Frist im März 2003 hatten nur die wenigsten Länder Angebote vorgelegt. Nach dem Scheitern der Ministerkonferenz in Cancún gerieten die

Verhandlungen endgültig ins Stocken. Im Hintergrund gingen jedoch die Bemühungen für eine Wiederbelebung der Verhandlungen weiter, an der insbesondere die EU und die USA ein großes Interesse zeigen.

Entwicklungsländer akzeptierten das GATS im Jahr 1995 nur im Gegenzug zu Zugeständnissen bei anderen Abkommen und mit der Bedingung, dass es sich beim GATS um einen „bottom up“ und um einen flexiblen Ansatz handelt, also dass es jedem Land freisteht, ob und welche Dienstleistungssektoren sowie auch welche Erbringungsarten derselben es bereit ist, zu liberalisieren. Allerdings können einmal eingegangene Verpflichtungen kaum und nur mit massiven Entschädigungszahlungen in anderen Bereichen rückgängig gemacht werden.

Bis zum Juli-Abkommen hatten 92 der 147 WTO-Mitglieder Angebote gelegt, die allerdings den Vorsitzenden der Dienstleistungsverhandlungen nicht weit genug gingen. Die EU legte ein so genanntes „Non Paper“ vor, in dem eine neue Verhandlungsformel vorgeschlagen wurde, die zur Beschleunigung der Verhandlungen dienen sollte: Die EU fordert, dass jedes WTO-Mitglied, um überhaupt in die Verhandlungen einzusteigen, eine bestimmte Zahl an Branchen und Erbringungsarten liberalisieren muss. Dieser Verhandlungsvorschlag widerspricht der Logik des „bottom up“ und flexiblen Ansatzes. Das EU-Papier schlägt weiters die Möglichkeit von weitergehenden plurilateralen Verhandlungen vor, dh. Verhandlungen, die innerhalb einer bestimmten Gruppe von Mitgliedern stattfinden können (Hachfeld 2005). Im Oktober 2006 legte der Vorsitzende der DL-Verhandlungen einen Entwurf vor, der sich trotz des Widerstandes vieler Entwicklungsländer an den Vorschlägen der EU orientierte.

2.2.2 Was wurde in Hongkong für den Dienstleistungsbereich beschlossen?

Die Verhandlungen konzentrierten sich in Hongkong auf Annex C der Ministerkonferenz, der die EU-Forderungen (Benchmarks und plurilaterale Verhandlungen) enthält, jedoch bereits im Vorfeld von vielen Entwicklungsländern massiv abgelehnt worden war. Der ursprüngliche Verhandlungsvorschlag wurde zwar abgeschwächt¹, dennoch handelt es sich bei dem Ergebnis um eine Weichenstellung in Richtung fortgesetzte Marktöffnungsdynamik. Entwicklungsländer werden sich dennoch zunehmend Druck ausgesetzt sehen, an plurilateralen Verhandlungen teilzunehmen² und neue „qualitative Benchmarks“ anzunehmen (Anhang C, Absatz 1). Mitten in der aktuellen Verhandlungsrunde wird die bisherige Verhandlungsweise so wesentlich verschärft und der viel betonte flexible bottom-up Ansatz, der für die meisten Entwicklungsländer Voraussetzung für eine Aufnahme der GATS-Verhandlungen war, verändert. Das Thema der öffentlichen Auftragsvergabe bleibt weiterhin auf der Agenda und setzt somit ein entwicklungspolitisch wichtiges Instrument unter Druck.

Ein eigenständiger Ausbau von Dienstleistungssektoren in Entwicklungsländern wird durch die Verhandlungsergebnisse, die eine weltweite Dominanz von Dienstleistungsunternehmen aus Industrieländern weiter fördern, unterminiert.

2.2.3 GATS-Weiterverhandlung Februar 2006

Nach zweiwöchigen Verhandlungen im Februar 2006 konnten laut offiziellen Aussagen kaum Fortschritte erzielt werden, da die Ambitionen der einzelnen Länder sehr weit auseinander lagen. Entwicklungsländer hielten stark am nicht verpflichtenden Charakter des plurilateralen Verhandlungsansatzes sowie an der Freiwilligkeit bzgl. Angebotslegung fest, die EU und USA hätten gerne weit reichende Angebote. EU-Handelskommissar Mandelson plädierte für

¹ Members receiving plurilateral requests „shall consider such requests“.

² Länder, die aufgefordert werden, sich an plurilateralen Verhandlungen zu beteiligen sind verpflichtet, diese Aufforderung zu prüfen – das ist zumindest eine Abschwächung im Vergleich zu vorher – hier wären sie verpflichtet gewesen zu verhandeln.

eine Zwischenevaluierung (Mid-Term Review) des GATS-Verhandlungstextes im April (Agence Europe 17.02.06, TWN 2006).

2.3. Industriegüter – „Nonagricultural market access“ (NAMA)

2.3.1 Hintergrund

Die Aufnahme der so genannten „Nonagricultural market access“ Verhandlungen wurde bei der Ministerkonferenz in Doha 2001 beschlossen. Die Verhandlungen stellen eine Weiterführung der GATT-Verhandlungen dar und umfassen alle Güter, die nicht unter das Landwirtschaftsabkommen fallen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Industrieprodukte, aber auch um natürliche Ressourcen inkl. Fischereiprodukte, Bergbau- und Forstprodukte. Ziel der Verhandlungen ist es, Handelsbeschränkungen, insbesondere Zölle, für diese Güter zu reduzieren.

Da in der „Doha Development Round“ den speziellen Bedürfnisse und Interessen von Entwicklungsländern Rechnung getragen werden soll,³ liegt ein Fokus der NAMA Verhandlungen auf der Abschaffung von Spitzenzöllen (Tariff Peaks) und Zolleskalation auf Produkte, bei denen es ein Exportinteresse von Seiten der Entwicklungsländer gibt. Weiters liegt die Betonung auf dem Prinzip „less than full reciprocity“, also die Tatsache, dass die Zugeständnisse der Industrieländer bzgl. Marktzugangs etc. größer sein müssen als jene der Entwicklungsländer. Seit 2002 wird versucht, eine genaue Vorgangsweise (Modalitäten) für die Reduktion von Handelsbarrieren zu vereinbaren.

2003 wurde in Cancún der so genannte Derbez-Text präsentiert, der einen Rahmen für weitere Verhandlungen vorschlug. Als wesentliche Veränderung zu den Liberalisierungen im Rahmen des GATT beinhaltet der Vorschlag eine „einfachen Formel“ für Zollreduktionen. Diese Formel wird oft auch als „Schweizer Formel“ oder „nicht lineare Formel“ bezeichnet (South Centre 2006, IATP 2005).

Diese Formel sieht stärkere Kürzungen bei höheren Zöllen vor, um mittelfristig alle Zollsätze auf ein ähnliches Niveau zu bringen. Diese Formel steht in direktem Widerspruch zum Anspruch der „Doha-Entwicklungsrunde“, da Entwicklungsländer zumeist höhere Zollsätze aufweisen als Industrieländer und somit zu stärkeren Reduktionen gezwungen wären. Weiters schlug der Derbez-Text erhöhte Zollbindungen vor, dh. Länder sollen Höchstzollsätze für möglichst viele Produkte festlegen (IATP 2006). Weitere Inhalte sind Vorschläge in Richtung sektorielle Verhandlungen sowie Reduktionen von nicht tarifären Handelsbarrieren.

Entwicklungsländer, insbesondere die AKP-Staaten, lehnten den Derbez-Text vehement ab. Sie argumentierten, dass dieser Text dem Prinzip des „less than full reciprocity“ widerspräche und die „Krise der Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und Armut verschärfen würde“ (G90 Trade Ministers Declaration, Juli 2004). Dennoch ging der Druck von Seiten der Industrieländer weiter und der Derbez-Text wurde im Juli 2004 im Annex B des Rahmenabkommens als Verhandlungsbasis angenommen. Entwicklungsländer stimmten nur deshalb zu, weil die Formulierung eingefügt wurde, dass für eine endgültige Einigung weitere Verhandlungen notwendig sein würden. Dennoch sind Entwicklungsländer seit Annahme des Textes als Verhandlungsbasis in der Defensive bzgl. weitergehender Zollsenkungen im Industriegüterbereich.

³ Paragraph 16 Doha Ministerdeklaration

2.3.2 Was wurde in Hongkong für den Industriegüterbereich beschlossen?

Wesentliche Teile des Textes des umstrittenen Juli-Abkommens haben in die Hongkonger Deklaration Einzug gehalten.⁴ Der Abschlusstext enthält in Absatz 14 die Anwendung der umstrittenen „Schweizer Formel“, die höhere Reduktionen für höhere Zollsätze nach sich zieht – allerdings „mit Koeffizienten“, was die Möglichkeit von unterschiedlichen Reduktionsformeln für verschiedene Ländergruppen nach sich zieht. Die Koeffizienten wurden insbesondere durch den Druck der so genannten Core Group, einer Gruppe größerer Entwicklungsländer unter Führung von Indien und Südafrika in den Text aufgenommen. Wie genau diese Koeffizienten aussehen bleibt Gegenstand von wahrscheinlich heftigen Verhandlungen in Genf.

Absatz 16 nimmt Bezug auf Sektorinitiativen. Auch wenn diese formal nicht verpflichtend sind, so kommen – ähnlich wie bei den plurilateralen Verhandlungen im Rahmen des GATS – auch die nicht teilnehmenden Länder dadurch unter Druck.

Absatz 17 enthält die Bestimmung, dass jene Länder, die noch keine gebundenen Zollhöchstsätze haben, einen nicht linearen Aufschlag (non-linear markup) auf ihre *angewandten* Zollsätze erhalten. Diese Zollsätze werden dann als Basis für die Zollreduktionen verwendet.

Hier gilt wieder wie im Landwirtschaftssektor, dass die gebundenen und die angewandten Zölle oft weit auseinander liegen. Industrieländer haben ihre Zollhöchstsätze bereits in vorhergehenden Runden auf hohem Niveau „gebunden“ und müssen nun bei einer Reduktion dieser gebundenen Sätze ihre angewandten Zollsätze wesentlich weniger bis gar nicht reduzieren. Hingegen haben viele Entwicklungsländer auch unter Druck von IWF und Weltbank ihren Außenhandel bereits viel weiter liberalisiert, als dies unter WTO-Bestimmungen notwendig gewesen wäre und haben sehr niedrige angewandte (ungebundene) Zollsätze. Insbesondere diese Länder waren stark gegen diesen Aufschlag und für einen „credit for autonomous liberalization“ (South Centre 2006). Im Anhang B der Abschlusserklärung werden die unterschiedlichen Positionen bzgl. der Aufschläge dargelegt, genaueres muss ebenfalls noch verhandelt werden.

Sehr umstritten war eine von Industrieländern reklamierte Bindung der Flexibilität bei der Festlegung von Zollhöchstsätzen an das Ausmaß des Prinzips der „less than full reciprocity“. Dies ist im Verhandlungstext vorerst nur im Anhang als Thema erwähnt.

2.4. Querschnittsthemen

2.4.1 LDCs und „Sonder- und Vorzugsbehandlungen“

Die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDCs), ein Gruppe von 50 Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 700 Millionen Menschen oder rund 11 % der Weltbevölkerung, gehören entsprechend der Agenda der Doha-Runde zur eigentlichen Zielgruppe der Verhandlungen der WTO. Die EU gewährt dieser Ländergruppe bereits seit der „Alles außer Waffen-Initiative“ (2001) zoll- und quotenfreien Zugang zu ihrem Binnenmarkt, schloss davon bislang aber durch entsprechende Übergangsperioden die Produkte Zucker, Reis und Bananen aus. Diese Regelung des freien Zugangs zum eigenen Binnenmarkt sollte auf die anderen WTO-Mitglieder USA (derzeit 83 % freier Zugang), Kanada und Japan (derzeit 87 %) ausgeweitet werden. Annex F der Erklärung von Hongkong sieht bis spätestens 2008 eine derartige Marktöffnung für mindestens 97 % der aus den LDCs kommenden Produkte vor (WTO 2005, Punkt 36), obwohl die Doha-Agenda von 2001 einen

⁴ Der Fortschrittsbericht des Chairman der NAMA-Arbeitsgruppe ist als Anhang B enthalten, ist aber im Unterschied zum GATS-Anhang nicht verbindlich (Erwähnung in Absatz 13: „Take note of the report“ = loose negotiating reference).

uneingeschränkter Zugang vorsieht (WTO 2001, Punkt 42). Die verbleibenden drei Prozent erlauben es unter anderem den USA, ihre Textil- und Bekleidungssektoren vor Importen aus Bangladesch, Nepal oder Kambodscha zu schützen oder Japan, den eigenen Reisanbau, die Fischindustrie oder Lederverarbeitung zu bevorzugen (Green 2005). Für die betroffenen LDCs sind diese Einschränkungen aufgrund ihrer Außenhandelsstruktur weit reichend und bedeuten erhebliche volkswirtschaftliche Einbußen.

Ein weiterer entscheidender Bereich für die Interessen der LDCs sind die Sonder- und Vorzugsbehandlungen („Special and Differential Treatment“, SDT), bei denen im Vorfeld von Hongkong weitere Einschränkungen befürchtet wurden (Oxfam 2005, 25). Nach ihrer Verankerung im GATT-Abkommen 1979 erodierte diese auf den Ausgleich der ungleichen Wohlstandsverteilung zielenden Maßnahmen während der Uruguay-Runde (1986-1994) zusehends (Fritz 2005), sodass die Doha-Entwicklungsagenda vorsieht, diese Regelungen zu überarbeiten, um sie zu stärken und präziser, effektiver und operationeller zu machen (WTO 2001, Punkt 44). In Hongkong wurde dies jedoch nicht unternommen und es bleibt abzuwarten, ob der ohnehin bereits unrealistisch dichte Verhandlungszeitplan für 2006 Raum für diese Materie lässt.

2.4.2 Aid for Trade

Nach den negativen Erfahrungen der Strukturanpassungsprogramme der Bretton Woods Institutionen in den 1990er-Jahren setzte sich bei zahlreichen Gebern die Einsicht durch, dass multilaterale Freihandelsliberalisierung begleitende Maßnahmen und Förderungen verlangt, um wirtschaftlich marginalisierten Staaten eine entsprechende Nutzung der Handelsfreiräume zu ermöglichen. Die Mittel aus „Aid for Trade“ sollen helfen, die Angebotsseite in den Volkswirtschaften vor allem der LDCs zu stärken. Maßnahmen in diesem Sinne sind unter anderem Verbesserungen von Infrastruktur (Häfen, Straßen, Wasserversorgung etc.), Programme zur Kapazitätenförderung bei Handelspartnern, um die Erreichung der Gesundheits- und Hygienestandards zu ermöglichen, Marktanalysen, Korruptionsbekämpfung bis hin zur Assistenz bei WTO-Verhandlungen. Die EU finanziert diese Projekte seit 2001 mit einem jährlichen Aufwand von mehr als 700 Mio Euro, Infrastrukturprojekte ausgenommen, die mit dem Beginn der neuen Budgetperiode 2007 auf 1 Mrd pro Jahr angehoben werden sollen. Auch die internationalen Finanzinstitutionen steuern zusätzliche Mittel bei. Die Strategien zur Umsetzung von „Aid for Trade“ entsprechend den Wirtschaftspolitiken der Geberinstitutionen und werden mit entsprechenden Konditionalitäten umgesetzt: Privatisierung der Energie- und Wasserversorger, der Häfen und Straßennetze und die Neuorientierung der Landwirtschaft an Exporterfordernissen und Weltmarktkonditionen.

Die Hongkong-Schlusserklärung enthält ein Bekenntnis zur Strategie von „Aid for Trade“, fordert jedoch den Internationalen Währungsfond, die Weltbank, regionale Entwicklungsbanken sowie andere multilaterale Organisationen zum Ausbau der bereits bestehenden Kooperationen auf (WTO 2001, Punkt 57), die vom IWF und der Weltbank bereits im Vorfeld zugesagt und begonnen wurde (IMF/WB 2005). Auch von den USA, der EU und Japan wurden weitere Zusagen für signifikante Erhöhungen der Mittel für „Aid for Trade“ gemacht, wobei unklar bleibt, ob es sich dabei tatsächlich um neue Finanzierungsmittel handelt, wofür diese genau verwendet werden sollen und ob es Konditionalitäten in Form von verbesserten Marktzugängen für den Norden im Süden geben wird.

Die Rolle der Europäischen Union in den Verhandlungen von Hongkong

Die Bedeutung der Europäischen Union für das Gelingen der Doha-Entwicklungsrunde ergibt sich nicht nur aus der Stellung der Union als Handelspartner für die am wenigsten entwickelten Länder und insbesondere den AKP-Staaten, die rund ein Drittel ihres gesamten Handels mit der EU abwickeln, sondern auch durch die finanzielle Unterstützung für handelsbezogene technische Assistenz, die darauf abzielt, im Sinne der Doha-Agenda die Handelskapazitäten der Partnerländer zu erweitern (vgl. European Commission 2005). In Hongkong spielte die EU daher eine tragende Rolle, der sie nur teilweise gerecht wurde.

Bereits im Vorfeld der Ministerkonferenz äußerte sich der Rat der Europäischen Union zur Position der EU gegenüber der Doha-Runde und erinnerte daran, dass die GAP-Reformen die Grenzen des Verhandlungsauftrages der Kommission darstellen und plädierte in diesem Rahmen für ein „ausgewogenes Ergebnis ... mit besonderem Schwerpunkt auf die Bedürfnisse und Interessen der Entwicklungsländer“ (Rat der EU 2005, 2; Council of the EU 2005, 15). Das Europäische Parlament verabschiedete einen umfangreichen Entschließungsantrag, der die wesentlichen Teilbereiche der Handelsfragen diskutierte (EP 2005). Neben der stufenweisen Einstellung sämtlicher Formen von Ausfuhrsubventionen (Punkt 5), dem Abbau interner Stützungsmaßnahmen in der Landwirtschaft (Punkt 6) und differenzierter Liberalisierungen bei Dienstleistungen in Bezug auf die Gesundheits- und Bildungssektoren der Entwicklungsländer (Punkt 13) verlangte das Parlament die „effektive Anerkennung geographischer Angaben ... als Mittel zur Aufrechterhaltung der kulturellen Traditionen“ (Punkt 8), die Einbeziehung sozialer sowie ökologischer Anliegen (Punkt 22) und betonte die Notwendigkeit eines „angemessenen Schutz(es) der im Werden begriffenen Industrien“ (Punkt 11). Der wirtschaftliche Fortschritt der Entwicklungsländer sei, so das Parlament, „Hauptziel der Doha-Entwicklungsagenda“ und müsse „Richtschnur für alle Bereiche der Verhandlungen sein“ (Punkt D).

Manche, zentrale wirtschaftspolitischen Interessen der EU standen jedoch diesen Zielsetzungen auf der Ministerkonferenz entgegen. Aus Sicht der Union sollten in Hongkong möglichst umfassende Zugeständnisse für den Bereich der Dienstleistungen und nichtlandwirtschaftlichen Marktzugänge erzielt werden, für die man wiederum die Beseitigung der Exportförderungen in der Landwirtschaft anbieten wollte, eine Zielsetzung, die die EU bereits seit mehreren Jahren umzusetzen verspricht (vgl. Europäische Kommission 2002, 20) und die daher vom Süden kaum als ein Entgegenkommen neuer Qualität interpretiert werden konnte. Die im Vorfeld von Hongkong beschlossenen Reformen des EU-Zuckersektors gehen jedoch in diese Richtung und sehen sowohl die Senkung des Garantiepreises für Zucker als auch die schrittweise Abschaffung des Aufkaufes von Produktionsüberschüssen vor. Das interne Subventionssystem der EU sollte hingegen nicht abgeändert werden.

Der Einfluss der Union auf die Abschlusserklärung zeigt sich vor allem in der Festlegung der Frist 2013 bei der Abschaffung der Exportsubventionen, ein Termin, der mit dem Ende der nächsten Finanzperiode der Union akkordiert ist, beim Beharren auf die „Schweizer Formel“, die eine überproportionale Senkung höherer Zölle bei nichtagrarischen Produkten vorsieht und daher der Union den Marktzugang im Süden erleichtern soll, der Vereinbarung neuer Bestimmungen zur Verhinderung des Missbrauches von Nahrungsmittelhilfe, die die EU vor allem gegen die USA durchsetzte, die mit diesen Hilfeleistungen versteckte Ausfuhrstützungen aufrecht erhält, und die Einführung von „qualitative benchmarks“ zur weiteren Öffnung neuer Dienstleistungssektoren.

3. Schlussfolgerungen

Die Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation waren 2001 mit dem Start der Doha-Entwicklungsrunde angetreten, die Bedürfnisse und Interessen der Entwicklungsländer ins Zentrum des Arbeitsprogramms zu stellen. Durch entsprechend abgestimmte „positive Bemühungen“ sollte insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern ein entsprechender Anteil am Wachstum des Welthandels zukommen, „abgestimmt auf die Bedürfnisse ihrer wirtschaftlichen Entwicklung“ (WTO 2001, Punkt 2). Die Detailergebnisse dieser Runde sind bislang im Hinblick auf die übergeordnete Zielsetzung völlig unzureichend. Besonders das Verhandlungsverhalten der Europäischen Union widerspricht ihren selbst formulierten Absichten. Der zeitgleich zur Ministerkonferenz in Hongkong verabschiedete europäische Konsens zur Entwicklungspolitik enthält ein nachdrückliches Bekenntnis zu einem Abschluss der Doha-Runde, der den Interessen der Armen entspricht (Council of the EU 2005a, Punkt 36), während der Kommissar für Handelsfragen in Hongkong vor allem nach der Logik der Eigeninteressen verhandelte.

Der sehr dichte Zeitplan, den die WTO für einen Abschluss der Hauptfragen bis 30. April dieses Jahres gewählt hat, ist angesichts der Komplexität der zur Debatte stehenden Probleme und des bislang Erreichten keine gute Voraussetzung für eine besonnene Abstimmung der Handelsvereinbarungen auf die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der Menschen in extremer Armut. Es wird daher notwendig sein, die weiteren Schritte der Verhandlungen in Genf genau zu beobachten und im Licht der Interessen der eigentlichen Zielgruppe der Doha-Runde zu bewerten.

Literatur

Bello, Walden (2005). The real meaning of Hong Kong. Online in Internet:
<http://www.focusweb.org/content/view/799/36/> (Stand: 28.2.2006)

Council of the European Union (2005). Press Release, General Affairs and External Relations. External Relations (14172/05, Presse 289). Online in Internet:
http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/87093.pdf (Stand: 28.2.2006)

Council of the European Union (2005a). Joint Statement by the Council and the Representatives of the Governments of the Member States meeting within the Council, the European Parliament and the Commission on European Union Development Policy: „The European Consensus“ (14820/05). Online in Internet:
http://www.eusa.org.za/PDFdownload/Development/Consensus_on_Development_November_2005.pdf (Stand: 28.2.2006)

Cuello Camilo, Federico Alberto (2005). What makes a Round a ‚Development Round‘? The Doha Mandate and the WTO Trade Negotiations. Friedrich Ebert Stiftung, Dialogue on Globalization, Occasional Papers Nr. 13. Online in Internet:
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/50034.pdf> (Stand: 28.2.2006)

Europäische Kommission (2002). Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Handel und Entwicklung. Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Nutzung der Vorteile des Handels (KOM(2002)513 endgültig). Online in Internet:
http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2002/com2002_0513de01.pdf (Stand: 28.2.2006)

Europäisches Parlament (2005). Gemeinsamer Entschließungsantrag zu den Vorbereitungen für die Sechste Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Hongkong (P6_RC(2005)0619). Online in Internet:
[http://www.europarl.eu.int/registre/seance_pleniere/textes_deposes/prop_res_commune/2005/0619/P6_RC\(2005\)0619_DE.pdf](http://www.europarl.eu.int/registre/seance_pleniere/textes_deposes/prop_res_commune/2005/0619/P6_RC(2005)0619_DE.pdf) (Stand: 28.2.2006)

European Commission (2005). Annual Report 2005 on the European Community's Development Policy and the Implementation of External Assistance in 2004. Brüssel.

Focus on the Global South (2005). A Comma, a Punctuation and the re-hashed Annex C. Online in Internet: <http://www.focusweb.org/content/view/778/55/> (Stand: 28.2.2006)

Fritz, Thomas (2005). Sonder- und Vorzugsbehandlungen für Entwicklungsländer. Global Issue Papers (German Watch, Heinrich Böll Stiftung), 18 (Juli). Online in Internet:
http://www.globalalternative.org/pics/SDT_deutsch.pdf (Stand: 28.2.2006)

Germanwatch (o.J.). Die Agrarverhandlungen innerhalb der WTO. Online in Internet:
<http://www.germanwatch.org/tw/wtoagr05.htm> (Stand: 28.2.2006)

Green, Duncan (2005). What happened in Hong Kong? Oxfam International. Online in Internet:
http://www.oxfam.org/en/files/bp85_hongkong/download (Stand: 28.2.2006)

Hachfeld, David (2005). Neues vom GATS. Online in Internet:
<http://www.attac.de/gats/neues-vom-gats.pdf> (Stand: 28.2.2006)

IATP (2005). Finding NAMA. Online in Internet:
<http://www.tradeobservatory.org/library.cfm?refID=72735> (Stand: 28.2.2006)

IATP (2005). Sailing Close to the Wind. Online in Internet:
<http://www.tradeobservatory.org/library.cfm?refid=77538> (Stand: 28.2.2006)

IATP (2006), Geneva Update 17th January 2006. Online in Internet:
<http://lists.iatp.org/listarchive/archive.cfm?id=117088> (Stand: 28.2.2006)

IMF/World Bank (2005). Aid for Trade. Competitiveness and Adjustment. Joint Note by the Staffs of the IMF and the World Bank. Online in Internet:

<http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2005/041205b.pdf> (Stand: 28.2.2006)

Oxfam (2005). Blood on the Floor. How the rich countries have squeezed development out of the WTO Doha negotiations. Oxfam Briefing Paper, December 2005. Online in Internet:

http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/trade/downloads/bp82_blood.pdf (Stand: 28.2.2006)

Rat der Europäischen Union (2005a). Schlussfolgerungen des Rates zur WTO-Entwicklungsagenda von Doha (13445/05, 18. Oktober 2005). Online in Internet:

<http://register.consilium.eu.int/pdf/de/05/st13/st13445.de05.pdf> (Stand: 28.2.2006)

Reichert, Tobias (2005). EU-Agrarsubventionen und ihr Verhältnis zum WTO-Agrarabkommen. Online in Internet: <http://www.germanwatch.org/tw/euwto05.pdf> (Stand: 28.2.2006)

South Centre (2006). Comments on the NAMA Section of the Hong Kong Ministerial Declaration. Online in Internet:

http://www.southcentre.org/tadp_webpage/research_papers/nama_project/CommentsOnNAMASectionOfHKMinDec.pdf (Stand: 28.2.2006)

Stopp GATS (2003). Das Dienstleistungsabkommen der WTO. Online in Internet:

<http://www.stoppgats.at/> (Stand: 28.2.2006)

World Trade Organisation (2001). Ministerial Declaration. Adopted on 14. November 2001 (WT/MIN(01)/DEC/1, 20. November 2001). Online in Internet:

http://www.wto.org/English/thewto_e/minist_e/min01_e/mindecl_e.pdf (Stand: 28.2.2006)

World Trade Organisation (2004). General Council's decision on the Doha Agenda work programme (July Package). Online in Internet:

http://www.wto.org/english/tratop_e/dda_e/draft_text_gc_dg_31july04_e.htm (Stand: 28.2.2006)

World Trade Organisation (2005). Ministerial Briefing Notes: Cotton. Online in Internet:

http://www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/brief_3/brief03_cotton_e.htm (Stand: 28.2.2006)

World Trade Organisation (2005). Ministerial Briefing Notes: Market Access, NAMA. Online in Internet: http://www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min05_e/brief_e/brief03_cotton_e.htm (Stand: 28.2.2006)

World Trade Organisation (2005). Doha Work Programme. Draft Ministerial Declaration (WT/MIN(05)/W/3/Rev.2, 18. December 2005). Online in Internet:

http://www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min05_e/final_text_e.pdf (Stand: 28.2.2006)

Diskussionslisten (Mailing-Listen, News)

Agence Europe (17.02.06): little progress in services talks. In: GATScrit listserve, 22.02.06

Third World Network (22.02.06): WTO plurilateral services talks are voluntary, assert developing countries. In: GATScrit listserve, 22.02.06